

NIEDERSCHRIFT

über die **5.** Sitzung

des Ausschusses für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz

(XVII. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **01.02.2023**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2172)
Navigation: www.rkn.nrw/TR814
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:30 Uhr
Den Vorsitz führte: Sabine Kühl

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Frau Barbara Brand
2. Herr Heiner Cöllen
3. Herr Ingo Danziger
4. Herr Hans Ludwig Dickers
5. Herr André Dresen
6. Herr Karl Josef Flüchten
7. Herr Thomas Jung
8. Frau Sabina Kram
9. Herr René Ueckert

• SPD-Fraktion

10. Herr Fariedt Anoune
11. Herr Wolfgang Kaisers
12. Frau Sabine Kühl
13. Herr Herbert Palmen
14. Herr Christian Schmitz
15. Herr Johannes Strauch

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

16. Herr Janis Bonn
17. Frau Ute Leiermann
18. Frau Marianne Michael-Fränzel

19. Herr Jörg Pesch
20. Herr Dirk Schimanski

• **FDP-Fraktion**

21. Herr Hermann-Joseph Gruhl
22. Herr Dr. Hermann-Josef Verfürth

• **Die Linke**

23. Frau Monika Zimmermann

• **Die Kreistagsgruppe**

24. Frau Lisa Granderath

• **Fraktion UWG-Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/ Deutsche Zentrumspartei**

25. Herr Leo Oehmen

•

• **Schriftführerin**

26. Frau Birgit Niesen

• **Verwaltung**

27. Herr Frederik Held
28. Herr Dezernent Martin Stiller
29. Herr Heinz-Dieter Abels
30. Herr Marcus Mertens
31. Herr Stefan Meuter
32. Michael Wolff
33. Herr Marc Zellerhoff

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		3
1.	Begrüßung	3
2.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit	4
3.	Positionspapier der Leiter der Feuerwehren im Rhein- Kreis Neuss zum Rücktritt des Kreisbrandmeisters zum 31.12.2022 – Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Grünen vom 12.01.2023 Vorlage: 32/2239/XVII/2023	4
4.	Neustrukturierung des Zuständigkeitsbereiches des Kreisbrandmeisters Vorlage: 32/2275/XVII/2023	5
5.	Einsatz des Systems Sitraffic Stream im Kreisgebiet - Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum vom 22.11.2022 Vorlage: 32/2240/XVII/2023	5
6.	Risikoanalyse zur Neuausrichtung des Katastrophenschutzbedarfsplanes - Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum vom 22.11.2022 bzw. Konkretisierung vom 20.01.2023 Vorlage: 32/2241/XVII/2023	6
7.	Kreiskonzept Katastrophenschutz - Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90 / Die Grünen vom 19.01.2023 Vorlage: 32/2266/XVII/2023	8
8.	Kreisleitstelle - Rückschau auf die Begehung des Ausschusses / Schaffung eines Bevölkerungsschutzzentrums - Sachstandsbericht Vorlage: 32/2242/XVII/2023	8
9.	Mitteilungen	9
10.	Anfragen	10
10.1.	Anfrage zum Krisenmanagement im Bevölkerungsschutz - Führungs- und Stabsausbildung für politische Führungs- und Entscheidungsträger im Kreis und in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden Vorlage: 32/2267/XVII/2023	10

Öffentlicher Teil:

1. Begrüßung

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Kühl begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Sitzung.

Vor Einstieg in die Tagesordnung wurde das Ausschussmitglied Fariedt Anoune feierlich verpflichtet.

2. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Kühl stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Sie schlug vor, wegen der thematisch eng beieinanderliegenden Anträge zu den Tagesordnungspunkten 3 und 4 sowie zu den Tagesordnungspunkten 6 und 7 die Beratung und Beschlussfassung jeweils zusammenzufassen. Hierzu bestand seitens der Anwesenden Einvernehmen.

Beschluss:

3. Positionspapier der Leiter der Feuerwehren im Rhein- Kreis Neuss zum Rücktritt des Kreisbrandmeisters zum 31.12.2022 – Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Grünen vom 12.01.2023 Vorlage: 32/2239/XVII/2023

Protokoll:

Die Kreistagsmitglieder Leiermann und Jung erläuterten für die Fraktionen die den Tagesordnungspunkten 3 und 4 zugrundeliegenden Anträge.

Dezernent Stiller führte zur Beantwortung der Fragen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen aus, dass die Leiter der Feuerwehren einen externen Blick auf eine komplexe Thematik hätten. Das Positionspapier reiße Problemstellungen an, ohne jedoch konkret zu werden.

Die nunmehr anstehende personelle Veränderung auf der Position des Kreisbrandmeisters biete eine Chance zur Neugestaltung. Diese müsse im Zusammenhang mit der anstehenden Neustrukturierung des Bevölkerungsschutzes im Rhein-Kreis Neuss genutzt werden.

Dezernent Stiller erläuterte, dass die nun zu tätigen Schritte in der richtigen Reihenfolge erfolgen müssten. Der erste Schritt sei die Klärung der Nachfolge in der Funktion des Kreisbrandmeisters. Hierzu führe der Landrat derzeit Gespräche, die auch organisatorische und inhaltliche Aspekte umfassen würden. Die zukünftigen Strukturen müssten dann mit dem neuen Kreisbrandmeister detailliert besprochen und festgelegt werden.

Zur Frage der CDU-Fraktion erklärte Dezernent Stiller, dass es bei den vom Landrat geführten Gesprächen Tendenzen gebe, die Stelle des Kreisbrandmeisters auf eine Vollzeitstelle aufzustoßen. Hintergrund hierfür seien auch die im Zuge der Neuausrichtung des Bevölkerungsschutzes zu erwartenden Mehraufgaben.

Ausschussmitglied Palmen verwies auf die im Positionspapier geäußerte Gesprächsbereitschaft der Leiter der Feuerwehren und mahnte an, diese Chance zu nutzen. Kreis-

tagsmitglied Schimanski unterstützte dies und erklärte, Gespräche mit den Leitern der Feuerwehren seien auch eine Wertschätzung der vielen Ehrenamtler. Dezernent Stiller antwortete, dass eine entsprechende Kommunikation aus Sicht der Verwaltung sehr wichtig und eine Einbindung der Feuerwehren zum richtigen Zeitpunkt beabsichtigt sei. Er befinde sich bereits im engen Austausch mit den beiden stellvertretenden Kreisbrandmeistern.

Ausschussvorsitzende Kühl unterstützte dies und erinnerte daran, dass auch sie Adressatin des Positionspapiers gewesen sei. Sie habe die Leiter der Feuerwehren um Geduld hinsichtlich einer direkten Kontaktaufnahme gebeten, um zunächst die heutige Ausschusssitzung abwarten zu können.

Kreistagsmitglied Jung stellte für seine Fraktion fest, dass der Weg der Verwaltung richtig sei und zunächst die Ergebnisse der Gespräche des Landrates abgewartet werden müssten.

4. Neustrukturierung des Zuständigkeitsbereiches des Kreisbrandmeisters

Vorlage: 32/2275/XVII/2023

Protokoll:

Unter Bezugnahme auf die Beratung unter Tagesordnungspunkt 3 fasste der Ausschuss den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwiefern eine Neustrukturierung des Zuständigkeitsbereiches des Kreisbrandmeisters mit Blick auf die wahrzunehmenden Aufgaben vorgenommen werden kann. Ziel soll die Herstellung einer klaren Zuständigkeitsverteilung sein, die mit dem Amt des Kreisbrandmeisters verknüpft ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5. Einsatz des Systems Sitraffic Stream im Kreisgebiet - Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum vom 22.11.2022

Vorlage: 32/2240/XVII/2023

Protokoll:

Kreistagsmitglied Dresen erläuterte den Antrag der Fraktionen CDU, FDP, UWG/Freie Wähler-Zentrum zum Einsatz des Systems Sitraffic Stream. Es sei zielführend, die ersten Erfahrungen der Feuerwehr der Stadt Grevenbroich abzufragen und hierzu in der nächsten Sitzung zu berichten. Auf dieser Grundlage könne die weitere Beratung und ggf. Beschlussfassung erfolgen.

Dezernent Stiller erläuterte, dass ein Einsatz des Systems für den Rhein-Kreis Neuss im Bereich des Rettungsdienstes vorstellbar sei, der Einsatz bei den Feuerwehren sei

kommunale Aufgabe. Die Erfahrungen der Stadt Grevenbroich werde die Verwaltung abfragen und dabei insbesondere die Aspekte Sicherheit und Eintreffzeit am Einsatzort berücksichtigen.

Kreistagsmitglied Schimanski begrüßte den Antrag. Die Beratung der Thematik im Rat der Stadt Grevenbroich habe Vorteile aufgeigt. Zielführend sei es, eine breite Beteiligung anzustreben und Insellösungen zu vermeiden.

Ausschussvorsitzende Kühl stellte fest, dass dem Vortrag der Fraktion der CDU folgend der Antrag in der nächsten Sitzung des Ausschusses erneut aufgerufen werden solle und die Verwaltung bis dahin die Erfahrungen der Stadt Grevenbroich abfragen werde.

6. Risikoanalyse zur Neuausrichtung des Katastrophenschutzbedarfsplanes - Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum vom 22.11.2022 bzw. Konkretisierung vom 20.01.2023 Vorlage: 32/2241/XVII/2023

Protokoll:

Ausschussmitglied Kühl machte nochmals deutlich, dass die Anträge der Fraktionen zu den Tagesordnungspunkten 6 und 7 grundsätzlich die gleiche Zielrichtung verfolgen würden. Eine gemeinsame Beratung und Beschlussfassung sei daher möglich und werde daher unter Tagesordnungspunkt 6 gemeinsam geführt.

Kreistagsmitglied Jung erläuterte den Antrag von CDU, FDP, UWG und Zentrum. Schadensereignisse und Bedrohungspotentiale hätten in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Daher sei eine Neupositionierung und Neustrukturierung im Bereich des Bevölkerungsschutzes erforderlich. Analog zu den Brandschutzbedarfsplänen der Kommunen benötige der Kreis eine solche Planung für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. Um die damit verbundenen Aufgaben zu bewerkstelligen seien entsprechende Mittel und Ressourcen erforderlich.

Ausschussmitglied Palmen merkte zu dem vorgelegten Antrag an, dass es nicht zielführend sei, zwei Stellen für Verwaltungsmitarbeiter einzurichten. Das Anforderungsprofil müsse den Aufgaben gerecht werden. Dem stimmte Kreistagsmitglied Schimanski zu und erklärte, ein Beschluss über die Einrichtung von Stellen könne erst erfolgen, wenn die entsprechende Qualifikationsanforderung festgelegt sei.

Dezernent Stiller hielt dem entgegen, dass die konzeptionelle Arbeit, die für ein Vorankommen in der Sache unerlässlich sei, mit dem derzeit vorhandenen Personal nicht geschultert werden könne. Es sei im Hinblick auf die geäußerten Bedenken jedoch sinnvoll, die Beschlussfassung um eine entsprechende Qualifikation zu ergänzen.

Kreistagsmitglied Leiermann wies darauf hin, dass der Finanzausschuss über die Bereitstellung von Mitteln entscheiden müsse.

Dezernent Stiller entgegnete, dass die formale Beschlussfassung im Finanzausschuss naturgemäß im Prozedere der Haushaltsaufstellung erforderlich würde.

Ausschussvorsitzende Kühl bestätigte dies und wies deutlich darauf hin, dass es einer Abwertung des Fachausschusses gleichkomme, keine Beschlussfassungen vorzuneh-

men, die aus inhaltlichen und fachlichen Aspekten heraus erforderlich seien.

Kreistagsmitglied Jung schloss sich diesen Ausführungen für die CDU-Fraktion an. Die bei den Besuchen im Kreis Düren, im Kreis Mettmann und in der Leitstelle Neuss gemachten Erfahrungen hätten den hohen Handlungsbedarf deutlich werden lassen. Hierauf müsse der Fachausschuss reagieren.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Cöllen erläuterte Dezernent Stiller, dass angedacht sei, eine der beiden zusätzlichen Stellen aus den Mitteln des ÖGD-Paktes zu finanzieren und damit dem Beispiel des Rhein-Erft-Kreises zu folgen.

Die Verwaltung visualisierte den nachfolgenden Beschlussvorschlag:

„Die Verwaltung wird beauftragt die Katastrophenschutzplanungen für den Rhein-Kreis Neuss neu aufzubauen. In einem ersten Schritt beauftragt die Verwaltung - nach entsprechender Ausschreibung - einen externen Leistungsanbieter mit der Erstellung einer Risikoanalyse, einer Erhebung des Status quo im Katastrophenschutz im Rhein-Kreis Neuss sowie mit der Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für die weitere Arbeit von Politik und Verwaltung.

Hierfür werden im Haushalt 2023 Mittel von 75.000,-€ vorgesehen.

Der Ausschuss für Rettungsdienst, Feuer- und Katastrophenschutz beschließt zur Sicherstellung der Pflichtaufgaben des Rhein-Kreises Neuss im Bereich des Katastrophenschutzes auf Grundlage des BHKG die Schaffung von zwei zusätzlichen Vollzeitstellen im Geschäfts- und Verteilungsplan des Amtes 32, Abteilung 32.2. Die Stellen sollen mit A 11 bzw. EG 10 bewertet werden, um eine qualifizierte Besetzung zu ermöglichen. Die Verwaltung wird damit beauftragt zu prüfen, ob die Finanzierung dieser Stellen vorrangig durch entsprechende Fördermittel gedeckt werden kann.

Die Verwaltung wird zu gegebener Zeit die lokalen Akteure wie Kommunen, Feuerwehren, Hilfsorganisationen, etc. in eine Katastrophenschutzbedarfsplanung einzubeziehen.“

Mit dem letzten Absatz dieser Formulierung werde laut Dezernent Stiller dem Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen Rechnung getragen. Des Weiteren sei eine Qualifikationsanforderung an die beiden einzurichtenden Stellen enthalten, die eine angemessene fachliche Besetzung der Stellen ermögliche.

Um das weitere Vorgehen interfraktionell besprechen zu können, unterbrach Ausschussvorsitzende Kühl die Sitzung von 18.50 Uhr bis 18.55 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte Kreistagsmitglied Schimanski, dass seine Fraktion auf Basis der nun von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschlussformulierung seine Zustimmung erteilen könne.

Der Ausschuss fasste im Anschluss einstimmig den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die Katastrophenschutzplanungen für den Rhein-Kreis

Neuss neu aufzubauen. In einem ersten Schritt beauftragt die Verwaltung - nach entsprechender Ausschreibung - einen externen Leistungsanbieter mit der Erstellung einer Risikoanalyse, einer Erhebung des Status quo im Katastrophenschutz im Rhein-Kreis Neuss sowie mit der Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für die weitere Arbeit von Politik und Verwaltung.

Hierfür werden im Haushalt 2023 Mittel von 75.000,-€ vorgesehen.

Der Ausschuss für Rettungsdienst, Feuer- und Katastrophenschutz beschließt zur Sicherstellung der Pflichtaufgaben des Rhein-Kreises Neuss im Bereich des Katastrophenschutzes auf Grundlage des BHKG die Schaffung von zwei zusätzlichen Vollzeitstellen im Geschäfts- und Verteilungsplan des Amtes 32, Abteilung 32.2. Die Stellen sollen mit A 11 bzw. EG 10 bewertet werden, um eine qualifizierte Besetzung zu ermöglichen. Die Verwaltung wird damit beauftragt zu prüfen, ob die Finanzierung dieser Stellen vorrangig durch entsprechende Fördermittel gedeckt werden kann.

Die Verwaltung wird zu gegebener Zeit die lokalen Akteure wie Kommunen, Feuerwehren, Hilfsorganisationen, etc. in eine Katastrophenschutzbedarfsplanung einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7. Kreiskonzept Katastrophenschutz - Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90 / Die Grünen vom 19.01.2023

Vorlage: 32/2266/XVII/2023

Protokoll:

Die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Punkt wurde beim Tagesordnungspunkt 6 vorgenommen.

8. Kreisleitstelle - Rückschau auf die Begehung des Ausschusses / Schaffung eines Bevölkerungsschutzzentrums - Sachstandsbericht

Vorlage: 32/2242/XVII/2023

Protokoll:

Dezernent Stiller bedankte sich ausdrücklich für das gezeigte Interesse der Ausschussmitglieder bei den Besuchen des Feuerwehrtechnischen Zentrums in Düren, dem Gefahrenabwehrzentrum des Kreises Mettmann sowie in der Kreisleitstelle des Rhein-Kreises Neuss.

Kreistagsmitglied Jung dankte der Verwaltung für das Organisieren der Besuche. Es seien interessante Eindrücke und Erfahrungen vermittelt worden. Die Ausbildungsmöglichkeiten für die Feuerwehren in Düren und Mettmann würden im Rhein-Kreis Neuss fehlen, zum Beispiel um die Trainings und Prüfungen zum Erwerb der Leistungsspannen durchzuführen.

Ausschussmitglied Palmen regte das Erstellen einer Synapse an, welche die Einrichtungen in Düren, in Mettmann und in Neuss abbilde.

Ausschussvorsitzende Kühl zeigte sich von der enorm kurzen Realisierungszeit des Gefahrenabwehrzentrums in Mettmann beeindruckt. Der Besuch der Leitstelle in Neuss habe ihr Respekt abverlangt, da sie erkannt habe, was von den Kräften der Leitstelle unter den dort gegebenen Bedingungen geleistet wird.

Kreistagsmitglied Leiermann schloss sich dem an. Die Liste der Schwierigkeiten und Mängel in der Leitstelle umfasse unter anderem defekte Lüftungsanlagen, zu geringen Schallschutz in der Disposition und die Tatsache, dass die Kreisleitstelle an zwei Standorten auf gegenüberliegenden Straßenseiten untergebracht sei. Es sei auch nicht zukunftsweisend, dass für Frauen keine Sanitärebereiche vorhanden seien. Die personelle Ausstattung sei ebenfalls problembeladen, was die enorme Zahl von geleisteten Überstunden oder die Personalfuktuation dokumentiere. Sie fragte an, ob es zutreffend sei, dass tatsächlich nur ein ausgebildeter Systemadministrator in der Leitstelle arbeite. Kreistagsmitglied Leiermann habe diese Aspekte und den daraus entstandenen Handlungsbedarf bereits in ihre Fraktion getragen.

Dezernent Stiller bedankte sich für die Rückmeldung und wies an dieser Stelle darauf hin, wie wichtig ein durch die Beschlussfassung zu den Tagesordnungspunkte 6 und 7 möglich werdender, externer Blick auf die Ist-Situation sei. Es sei tatsächlich nur ein Administrator eingestellt, eine Redundanz sei lediglich im Rahmen von Wartungsverträgen gegeben, was die Problemstellung nicht vollumfänglich entschärfe.

Ausschussmitglied Pesch regte an, die in Düren und Mettmann entstandenen Bilder und Umsetzungsmöglichkeiten im weiteren Verfahren gedanklich wieder auszublenden. Der Rhein-Kreis Neuss müsse bei allen anstehenden Projekten seine eigene Lösung und seine eigene Strategie finden.

Dezernent Stiller unterstütze dies. Die Projektierung müsse auf Basis der lokalen Bedarfe aufbauen. Die externen Eindrücke seien lediglich wichtig gewesen, um erste Eindrücke und erste Vorstellungen zu entwickeln.

Ausschussmitglied Dickers dankte der Verwaltung ausdrücklich für das Format der Besuche in Düren, Mettmann und Neuss, da dieses Format zu einem guten Austausch der Ausschussmitglieder untereinander beigetragen habe. Der Rhein-Kreis Neuss habe große Projekte zu stemmen, die jetzt interfraktionell ins Rollen gebracht werden müssten. Der Handlungsbedarf in der Kreisleitstelle sei offenkundig. Es sei nun erforderlich zu beginnen und im Prozess alle Akteure mitzunehmen. Ausbildungsmöglichkeiten sollten in einem Bevölkerungsschutzzentrum enthalten sein, jedoch nicht in Größe und Umfang wie im Kreis Mettmann.

9. Mitteilungen

Protokoll:

1. Abteilungsleiterin Niesen informierte über die Beteiligung der Kreisverwaltung in Arbeitsgruppen des Landkreistages bei der Novellierung des BHKG und des RettG.
2. Leiter der Leitstelle Wolff berichtete, dass Anfang Januar 2023 mit der Einführung des Digitalfunks im Rhein-Kreis Neuss begonnen wurde. Zunächst werde

der Bereich des Krankentransportes umgestellt, die dortigen Erfahrungen würden in die Implementierung im Bereich Rettungsdienst mit einfließen. Im Spätsommer könne dann der Bereich der Feuerwehren angedacht werden. Der Rhein-Kreis Neuss habe sich dazu entschieden, die Gleichwellen im Bereich des Analogfunks als Redundanz beizubehalten.

3. Leiter der Leitstelle Wolff teilte mit, dass für das Jahr 2023 Mittel für die Beschaffung neuer digitaler Meldeempfänger in den Haushalt eingebracht worden seien.
4. Dezernent Stiller wies auf ein Urteil des OVG Münster zur Thematik der Bereichsausnahme bei der Vergabe von rettungsdienstlichen Leistungen hin. Das OVG habe dabei festgestellt, dass die Bereichsausnahme zulässig sei. Letztliche Rechtsicherheit werde jedoch erst eintreten, wenn auch das zuständige OLG in gleichgelagerter Sache ein Urteil gesprochen habe.
5. Dezernent Stiller berichtete von einer sehr angespannten Lage im Rettungsdienst im Dezember 2022. Diese habe multiple Ursachen gehabt und sei ein bundesweites Problem gewesen. Derzeit habe sich die Lage etwas entspannt.
6. Die FOM Neuss werde, so führte Dezernent Stiller aus, in Kürze erstmals einen Bachelor-Studiengang im Bereich Katastrophenschutz anbieten. Der Kreis sei mit der FOM dazu in Gesprächen.

10. Anfragen

10.1. Anfrage zum Krisenmanagement im Bevölkerungsschutz - Führungs- und Stabsausbildung für politische Führungs- und Entscheidungsträger im Kreis und in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden Vorlage: 32/2267/XVII/2023

Protokoll:

Hierzu wurde nicht das Wort gewünscht.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Sabine Kühl um 18:30 Uhr die Sitzung.



Sabine Kühl
Vorsitz

gez.
Birgit Niesen
Schriftführung